



JUSTIZ

Landtag modernisiert die Juristenausbildung – zumindest ein kleines bisschen

Mit Beschluss des niedersächsischen Landtags wird die Ausbildung der Juristen im Land künftig in drei Punkten geändert. Die regierungstragenden Fraktionen von SPD und CDU haben gestern ein entsprechendes Gesetz beschlossen, ergänzende Änderungswünsche der FDP wurden allerdings trotz prinzipieller Zustimmung auf die Zeit nach der Landtagswahl vertagt. Zuerst wird nun die Regelstudienzeit von heute neun auf dann zehn Semester verlängert. Diese Grenze ist relevant zur Bemessung von Bafög-Ansprüchen oder der Erhebung von Langzeitstudiengebühren. Zudem wird die Möglichkeit geschaffen, das juristische Referendariat künftig auch in Teilzeit zu absolvieren, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern soll. Und zuletzt wird die Auseinandersetzung mit den Unrechtsregimen des Nationalsozialisten und der SED zum Pflichtbestandteil des Grundstudiums gemacht. Justizministerin Barbara Havliza (CDU) erklärte dazu: „Recht kann man nicht lehren und lernen, wenn einem nicht bewusst ist, dass das Recht auch pervertiert werden kann, wie das in diesen System geschehen ist.“ Insgesamt betonte sie, das oberste Ziel müsse bleiben, kompetente Juristen auszubilden. Es sei aber auch wichtig, die häufig trockene Ausbildung so auszugestalten, dass sie für junge Menschen attraktiv sei.

Die Reform wurde von den Abgeordneten allerdings abschätzig als „Reförmchen“ beschrieben, denn

tatsächlich vollzieht der Landtag mit seinem gestrigen Beschluss lediglich Bundesrecht nach. Die Enttäuschung darüber, dass man nicht weitergegangen sein, könne er nachvollziehen, erklärte der CDU-Abgeordnete Thimo Roehler. Den Antrag der FDP-Landtagsfraktion finde er nämlich eigentlich „richtig und gut“. Doch die darin angedachten Veränderungen seien zu tiefgreifend, um sie nun noch vor Ende der Legislaturperiode beschließen zu können, meinte er. Der prinzipiellen Stoßrichtung des FDP-Antrages stimmte auch Sebastian Zinke (SPD) zu. „Wir müssen uns auf den Weg machen und das, was die FDP angebracht hat, anpassen“, sagte er – doch noch nicht jetzt. Bei der FDP-Fraktion stieß diese Ablehnung derweil auf wenig Verständnis. Ihr rechtspolitischer Sprecher Marco Genthe sprach von einer „Mini-Reform ohne Gestaltungsanspruch und ohne Reaktion auf die Bedarfe einer modernen Juristenausbildung“. Er warf der Große Koalition „Arbeitsverweigerung“ und „juristischen Realitätsverlust“ vor. Seiner Auffassung nach sei genug Zeit vorhanden gewesen, um den Antrag vollständig zu beraten und umzusetzen. Auf der Strecke bleiben nun vorerst die FDP-Ideen zur Digitalisierung der Juristenausbildung. In einem Entschließungsantrag haben die Freien Demokraten eine digitale Staatsexamensprüfung, digitale Lernangebote und eine Modernisierung der Lerninhalte angesichts einer immer digitaler werdenden Welt vorgeschlagen. Darüber hinaus möchte Genthe auch die Vergütung der Rechtsreferendare noch einmal auf die Agenda setzen. Unterstützung erhielt Genthe bei diesen Punkten auch von der Grünen-Abgeordneten Marie Kollenrott, die sagte, dass sich die Fachpolitiker doch eigentlich einig gewesen seien.

Große Einigkeit drückten die Abgeordneten noch bei einem anderen derzeit viel diskutierten Aspekt der Juristenausbildung aus. Dass künftig in das juristische Staatsexamensstudium auch noch ein Bachelor-Studiengang integriert werden sollte, findet im Landtag zumindest bei Grünen, FDP und SPD offenbar Zustimmung. Kollenrott forderte, das Justiz- und das Wissenschaftsministerium sollten den integrierten Jura-Bachelor zulassen – und wenn nicht mehr jetzt, dann doch als Sofortmaßnahme nach der Wahl. Genthe erinnerte an den offenen Brief der drei Dekane Juristischer Fakultäten, Prof. Hans Michael Heinig (Göttingen), Prof. Ronald Schwarze (Hannover) und Prof. Oliver Dörr (Osnabrück), die eine offene Debatte über die Einführung dieses Studienmodells forderten. Zinke meinte, auch in der Juristenausbildung müsse der Bologna-Prozess ankommen und Bachelor und Master sollten in die bestehende juristische Ausbildung integriert werden.

Entlastung für Osnabrück: Auf Wunsch der Universität Osnabrück wird das Gesetz zur Ausbildung von Juristinnen und Juristen an einer Stelle korrigiert. Dieses hatte eine Zeitlang eine Sonderstellung des dortigen Jurastudiums vorgesehen, wonach die Studenten eine wirtschaftswissenschaftliche Zusatzausbildung erhalten konnten. Thimo Roehler erklärte für die CDU-Fraktion, dass er die Abschaffung dieser Fächer-Kombination bedauere, zumal die Fachrichtungen des Wirtschaftsstrafrechts und Compliance eine zunehmend besondere Bedeutung erführen. Da sich das „Alleinstellungsmerkmal“ Osnabrücks aber zu einer Belastung der Universität entwickelt habe, wolle man dem Wunsch dennoch nachkommen.

Weil sucht im Wahlkampf Zuspruch des DGB, doch die GdP bleibt auf Distanz

Der Endspurt des Landtagswahlkampfes hat begonnen, und die SPD verkündete kürzlich voller Stolz, dass sich schon mehr als 150 aktive und ehemalige Gewerkschafter an der Initiative „Gewerkschafter für Stephan Weil“ beteiligt hätten. Die Namen sind in Zeitungsanzeigen veröffentlicht worden, der Begleittext beginnt mit dem Satz: „Unser Ministerpräsident Stephan Weil treibt den gesellschaftlichen Fortschritt in Niedersachsen voran. Diesen Weg wollen wir mit ihm gemeinsam weiter gehen.“ Zu den Unterzeichnern zählen der DGB-Landesvorsitzende Mehrdad Payandeh, die frühere GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth und ihr Nachfolger Stefan Störmer, der Verdi-Landesleiter Detlef Ahting und der IG-Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger. Auffällig ist indes, dass eine große DGB-Gewerkschaft in dieser Aufzählung fehlt, nämlich die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Wie es heißt, habe die GdP-Landes Spitze um den neuen Vorsitzenden Kevin Komolka eine Beteiligung mit Hinweis auf die Überparteilichkeit der GdP abgelehnt. Wie es heißt, bleibt die GdP damit ihrer Linie aus Vorjahren treu.

Zu den Unterstützern von Weil, die jetzt öffentlich auftreten und in dieser gewerkschaftlich ausgerichteten Aktion für seine Wiederwahl werben, gehören auch der emeritierte Hochschulprofessor Oskar Negt, der frühere hannoversche Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und der einstige IG-BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Die früheren Landesminister Peter-Jürgen Schneider und Heidi Merk zählen ebenso dazu, auch der IG-BCE-Landesleiter Ralf Becker und der frühere DGB-Landesvorsitzende Heinz-Hermann Witte. Die SPD betont auch, dass Betriebsratsvorsitzende großer Unternehmen mit dabei sind wie von Volkswagen, Continental und Airbus, allen voran die VW-Betriebsratschefin Daniela Cavallo. Nun sind solche Anzeigen im Vorfeld von Wahlen, mit denen Kandidaten bestimmter Seiten unterstützt werden, keine Seltenheit. Es gibt sie auch zugunsten von Bewerbern der CDU, der FDP oder der Grünen. Auffällig ist in diesem Wahlkampf allerdings schon, dass der Schulterschluss zwischen SPD und Gewerkschaften von Repräsentanten beider Seiten offenbar sehr zielstrebig gesucht wird.



Die IG BCE, die ihre Bundeszentrale in Hannover hat, bietet Weil in dieser Woche noch ein besonderes Forum. Am Freitag erwartet die Gewerkschaft 250 Gäste zu einem Festakt, der an die 25. Wiederkehr des Tages der Fusion von IG Chemie, IG Bergbau und der Gewerkschaft Leder zur IG Bergbau, Chemie und Energie erinnern soll. Diese Fusion war am 6. Oktober 1997, und zu der Feier soll der Ministerpräsident eine Rede halten. Daneben sind noch zwei andere Reden vorgesehen, einmal von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und dann von der früheren hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Yasmin Fahimi, die nach der Bundestagswahl ihr Mandat niedergelegt hatte und jetzt DGB-Bundesvorsitzende ist. Sie hatte früher in der IG-BCE-Zentrale gearbeitet. Ein Grußwort des niedersächsischen Wirtschaftsministers Bernd Althusmann (CDU) bei dieser Veranstaltung ist nicht geplant.

Einige Tage später, am 29. September und damit neun Tage vor der Landtagswahl, lädt der DGB Niedersachsen zu einem Festakt ein, bei dem an die 75. Wiederkehr des Tages der Gründung des DGB 1947 in Hannover erinnert werden soll. Der DGB teilt mit, als Redner dieser Veranstaltung hätten zugesagt: Stephan Weil, der Ministerpräsident, und die frühere Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Hannover, Anja Piel. Sie ist jetzt stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende. Dritter Redner soll der DGB-Landesvorsitzende Mehrdad Payandeh sein. Auch hier ist nach den bisher bekannten Plänen nicht vorgesehen, dass ein Politiker der CDU ein Grußwort halten soll.

FEATURE

Schwarz-Grün? Wer die Landtagssitzung verfolgt hat, muss denken, dass das kaum möglich erscheint

Von Klaus Wallbaum

Drei Tage noch hat dieser Landtag in dieser Wahlperiode Zeit, dann ist alles zu Ende. Gestern, am Mittwoch, war der Auftakt dieser Schlussrunde. Wie würden die Politiker miteinander umgehen? Schonen sich diejenigen, die vermutlich in wenigen Wochen miteinander Koalitionsgespräche führen müssen oder wollen? Oder zeigen sich die verschiedenen Seiten unabhängig von taktischen Erwägungen gegenseitig die Zähne, da es in Wahlkampfzeiten vor allem um die Profilierung geht und dies in wenigen Wochen schon vergangen sein dürfte?

Wer die Abläufe verfolgt, gewinnt erste Eindrücke und kann sich seinen Reim darauf machen. Da sind zunächst die Vertreter von CDU und Grünen. Die CDU hatte am Mittwoch, in der 142. Sitzung der 18. Legislaturperiode, die Chance für eine von ihr vorgeschlagene aktuelle Debatte. Die Christdemokraten wählten die Energie- und Gaskrise. Wer nun erwartet hatte, dass CDU und Grüne in dieser Frage vorsichtig und betont rücksichtsvoll miteinander umgehen, sah sich getäuscht. Zum Auftakt griff CDU-Fraktionsvize Ulf Thiele die Grünen in der Bundesregierung an: „Die Gasumlage muss sofort weg!“ rief er



Ulf Thiele attackiert die Grünen in der Bundesregierung.

und warf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Handlungsunfähigkeit vor. Dann ging die Grünen-Fraktionschefin Julia Hamburg nach vorn und attackierte den CDU-Ministerpräsidentenkandidaten Bernd Althusmann persönlich: Dass die CDU sich im Landtagswahlkampf derzeit gegen die Ampel-Regierung im Bund profiliere, sei schon „demokratiegefährdend“. Die CDU nehme ihre Verantwortung dafür, dass die Gesellschaft nicht gespalten werde, nicht wahr. Dabei fiel auf, dass Hamburg sich in ihrer Rede voll auf den CDU-Spitzenkandidaten konzentrierte und zu Ministerpräsident Stephan Weil von der SPD

weitgehend schwieg. Die SPD schien streckenweise an den Rand der Auseinandersetzung gedrängt zu werden. Den CDU-Vorwurf, dass die Ampel-Regierung zu langsam agiere, konterte sie: „Ja, Herr Habeck und sein Ministerium arbeiten Tag und Nacht. Aber es dauert nun einmal seine Zeit.“

Die Antwort auf Hamburg folgte wenig später, als Althusmann nach vorn ging. Er unterstrich den Vorwurf der Tatenlosigkeit. Seit sieben Monaten sei klar, dass gehandelt werden müsse – aber konkrete, in Gesetze gegossene Maßnahmen der Bundesregierung fehlten noch immer. Es gebe nur allgemeine Ankündigungen. Dabei betonte Althusmann immer wieder, dass es die Parteifreunde von Hamburg gewesen seien, die in Berlin nicht die richtigen Entscheidungen getroffen hätten. Kurz danach trat FDP-Spitzenkandidat Stefan Birkner ans Mikrophon, dessen Programmatik, etwa zum Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, derzeit gerade eine große Übereinstimmung mit den CDU-Positionen hat. Aber Birkner griff überraschenderweise in seiner Rede, wie es zuvor auch Hamburg tat, den CDU-Spitzenkandidaten an und nicht SPD und Grüne. Althusmann habe eine Wahlkampfreden gehalten, lasse den Willen zu Lösungen durch das Land vermissen und weigere sich, kurzfristig Hilfe zu leisten. Dass der CDU-Landeschef einen Energiepreisdeckel fordere, der einem staatlich garantierten Strom- und Gaspreis für eine bestimmte Höchstmenge gleichkommt, sei unseriös – denn dies würde „ein Milliardenvolumen bedeuten“ und könne, ausgegeben vom Staat, zur weiteren Verschärfung der Inflation beitragen. „Völlig lebensfremd“ sei es auch, wenn der CDU-Spitzenkandidat seine Vorbehalte gegenüber der Verstaatlichung des Stromversorgers Uniper in seiner Rede äußerte – und damit populistisch gewirkt habe.



Julia Hamburg verteidigt das Arbeitstempo der Ampelkoalition in Berlin.



Stefan Birkner kritisiert den CDU-Spitzenkandidaten.

und weigere sich, kurzfristig Hilfe zu leisten. Dass der CDU-Landeschef einen Energiepreisdeckel fordere, der einem staatlich garantierten Strom- und Gaspreis für eine bestimmte Höchstmenge gleichkommt, sei unseriös – denn dies würde „ein Milliardenvolumen bedeuten“ und könne, ausgegeben vom Staat, zur weiteren Verschärfung der Inflation beitragen. „Völlig lebensfremd“ sei es auch, wenn der CDU-Spitzenkandidat seine Vorbehalte gegenüber der Verstaatlichung des Stromversorgers Uniper in seiner Rede äußerte – und damit populistisch gewirkt habe.

Merkwürdig ist in den Debatten am Mittwochvormittag, dass die SPD als stärkste Fraktion etwas am Rande steht. Zwar wird das 1-Milliarde-Programm, das Stephan Weil am Montag ankündigte, von CDU, Grünen und FDP heftig kritisiert – von Grünen und FDP deshalb, weil die Große Koalition keine Bereitschaft zu einem Ad-hoc-Programm noch in dieser Wahlperiode zeige. Althusmann griff dann Weils Rede von Montag direkt an, da das Land nicht für Versäumnisse des Bundes aufkommen könne: „Das ist doch nicht mehr als das Eingeständnis, dass es die Ampel in Berlin offensichtlich nicht hinbekommt.“ Als der Wirtschaftsminister kurz danach wieder an der Regierungsbank Platz nahm, plauderte er angeregt mit dem Ministerpräsidenten. Beide schienen guter Dinge zu sein, von einer wahlkampfbedingten Störung spürte man wenig. Das galt sogar für SPD und CDU insgesamt. Als wenig später CDU-Generalsekretär Sebastian Lechner in einer anderen, von der FDP beantragten Debatte nach vorn trat, rechneten viele mit hochkochenden Emotionen. Tatsächlich attackierte Lechner Grüne und SPD gleichermaßen. Viele Ankündigungen habe die Ampel-Regierung ausgesprochen, unter anderem die Lockerung des Biogas-Deckels, aber geschehen sei bisher eben noch nichts. Dass die SPD viele Positionen der Grünen mittrage, etwa in der Kernkraft-Frage, sei „doch nur dem Umstand geschuldet, dass sie mit den Grünen nach der Wahl zusammen regieren wollen“. Lechner ergänzte dazu: „Am Wahltag werden die Menschen Rot-Grün in Niedersachsen verhindern.“ Aber auch solche Zuspitzungen reizten die Sozialdemokraten nicht zu kräftigen Gegenattacken. Umweltminister Olaf Lies (SPD) rechnete Lechner und der CDU vor, dass die längere Laufzeit der Atomkraftwerke tatsächlich nicht den Effekt haben könne, den die Befürworter in diesen Tagen behaupteten.

Unterm Strich waren in der Atmosphäre dieses Plenartages mehrere Punkte auffällig: Obwohl die Große Koalition nach der Landtagswahl bald enden dürfte, zumindest wenn man die Reden von SPD- und CDU-Politikern ernst nimmt, präsentierte sie sich in dieser Sitzung noch erstaunlich stabil, sowohl in der Sache als auch emotional. Bei der FDP fällt auf, dass sie mittlerweile die schärfste Kritik an Althusmann übt. Birkner, der sich früher öfter an Weil abgearbeitet hat, schonte den Regierungschef diesmal auffällig. Und für die Grünen-Spitzenkandidatin Hamburg, die in ihrer Wahlkampfstrategie bisher Offenheit sowohl für Rot-Grün wie auch für Schwarz-Grün gezeigt hat, gilt das ebenso. Wer als Prognose für den Wahlausgang angeben möchte, dass es entweder Rot-Grün geben wird oder – falls das nicht reichen sollte – eine Ampel-Regierung in Hannover, kann sich durch die Abläufe dieses Plenartages bestärkt fühlen.

P UND P

Personen & Positionen

Stephan Weil, Ministerpräsident, und Boris Pistorius, Innenminister, haben sich aus Sicht des Innenministeriums erfolgreich für die Stationierung eines Heimatschutzregimentes 3 in Niedersachsen engagiert. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) habe der Staatskanzlei in Hannover mitgeteilt, dass das Regiment von 2024 an im Kreis Nienburg/Weser stationiert werden solle. Weil und Pistorius, so erklärt das Innenministerium weiterhin, hätten sich in den vergangenen Monaten schriftlich bei Lambrecht und auch persönlich für einen Standort in Niedersachsen eingesetzt. Schon einige Stunden vor der Mit-

teilung des Ministeriums hatte CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann erklärt, er freue sich, dass das Bundesverteidigungsministerium seine Forderungen nach einem solchen Regiment in Niedersachsen erhört habe. Das Regiment soll für den Objektschutz und für die Sicherung kritischer Infrastruktur zuständig sein, laut Althusmann sind 25 feste Dienstposten vorgesehen, bei Bedarf könnten die Kompanien mit Reservisten und Freiwilligen verstärkt werden. In den vergangenen Wochen war spekuliert worden, der Truppenübungsplatz in Bergen (Kreis Celle) könne geeignet sein, dann hieß es aber, dass dort die Infrastruktur nicht ausreiche. SPD-Chef Lars Klingbeil hatte überdies über ein mögliches Panzerlehrbataillon in Oerbke (Heidekreis) laut nachgedacht, was aber vom Bundesverteidigungsministerium nicht bestätigt worden war.

Andrea Timmermann, Vize-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hat der Grünen Jugend Niedersachsen (GJ) „diffamierende Anschuldigungen und unreflektierte Verurteilungen“ vorgeworfen. Es geht um eine von der GJ initiierte Ausstellung in Braunschweig, in der es um „Rassistische Polizeigewalt“ geht. Die Fragestellung lautet „Wen rufst Du an, wenn die Polizei der Täter ist?“. Die GJ fordert als Konsequenz mehr Transparenz. Nachdem die Grünen-Bundestagsabgeordnete Karoline Otte und die Grünen-Direktkandidatin für den Landtag, Louise Bohne, die Ausstellung besucht und damit in ihrer Bedeutung gewürdigt hatten, wächst offenbar die Verärgerung in der GdP über diese Aktion. Gleichzeitig verbreiten die niedersächsischen Grünen im Wahlkampf die Botschaft, dass die Partei an der Seite der Polizei stehe und ihre Arbeit unterstütze.



Gabriele Andretta, Landtagspräsidentin, hat zu Beginn der Sitzungswoche an mehrere frühere Landtagsabgeordnete erinnert, die in den vergangenen Wochen gestorben sind. Eine Gedenkminute gab es für Klaus-Jürgen Hedrich aus Uelzen (CDU), Otto Graeber aus Northeim (SPD), Inse-Marie Ortgies aus dem Landkreis Oldenburg (CDU), Peter-Jürgen Rau aus Hannover (FDP) und der frühere Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens (CDU) aus Aurich.

BILDNACHWEISE

Titelbild: Niklas Kleinwächter; S. 3: GdP; S. 5: Niedersächsischer Landtag/Plenar-TV; S. 7: GdP

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**
Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur Vi.S.d.P.)
Christian Wilhelm Link (Chefredakteur Wirtschaft)
Niklas Kleinwächter (Chef vom Dienst)
Audrey-Lynn Struck (Redakteurin)
Sina Gartz (Assistenz)
Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59
redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich